

Protokoll Nr. 34 (2023-2027) über die öffentliche Sitzung des Beirates Hemelingen

Sitzungstag: 05.03.2026 Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr Sitzungsende: 21:38 Uhr Sitzungsort: Bürgerhaus Mahndorf
Mahndorfer Bahnhof 10
Großer Saal

Anwesend:

Vom Ortsamt

Jörn Hermening
Marc Liedtke

Vom Beirat

Berfin Ataç
Kerstin Biegemann
Ralf Bohr
Jens Dennhardt
Hans-Peter Hölscher
Heinz Hoffhenke
Tom Hundak
Uwe Jahn
Yunas Kaya
Dr. Christian Kornek
Elisabeth Laß
Waltraut Otten
Ingo Tebje
Christa Wilke
Reinhard Zwilling

Referent: innen / Gäste

Rainer Ditzfeld (Bürgermeister Stadt Achim)
Claudius Kahra (Wirtschaftsförderung Bremen)
Dr. Dirk Kühling (Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation)
Thorsten Kühn (Senatskanzlei)

sowie weitere am Stadtteilgeschehen interessierte Personen

TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 05.02.2026 und Rückmeldungen

TOP 2: Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten

TOP 3: Aktueller Sachstand Programm „Kinder in die Kitas“

TOP 4: Gewerbegebiet Bremer Kreuz und aktueller Sachstand zum Gewerbegebiet Achim West

TOP 5: Antrag der CDU-Fraktion zum Thema Winterdienst

TOP 6: Beiratsverschiedenes

Jörn Hermening eröffnet die Sitzung. Da zu dem mit der Einladung versandten Vorschlag zur Tagesordnung von den Beiratsmitgliedern keine weiteren Änderungs-/Ergänzungswünsche geäußert werden, gilt dieser mit Streichung des TOP 3 als beschlossen.

TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 05.02.2026 und Rückmeldungen

Das Protokoll der Sitzung vom 05.02.2026 wird genehmigt.

Rückmeldungen

Nachgereichte Antwort zum aktuellen Sachstand Sanierung BZA Hemelingen

Wie sieht der konkrete Zeitplan der Fertigstellung aus bzw. wann ist die Halle bezugsfertig?

- *Gem. laufend aktualisierten Bauzeitenplan gehen wir derzeit von einer Fertigstellung im Frühjahr 2028 aus. Die tatsächliche Nutzungsaufnahme prognostizieren wir für Mitte 2028, da auch immer mit Nacharbeiten zu rechnen sind.*

Wieviel Geld wurde für das Projekt vom Bund eingeworben?

- *Über das Förderprogramm SJK 2022 wurden 6.000.000 € an Fördermitteln eingeworben. Da diese Mittel noch nicht abschließend bewilligt wurden, haben wir das Projekt zusätzlich in dem Bundesprogramm LuKIFG mit 5.369.000 € angemeldet.*

auf Beiratsbeschlüsse

Entwicklung des Rennbahngeländes und Ansiedlung verschiedenster Institutionen einschließlich Umzug des ATSV Sebaldsbrück und Ausbau der Oberschule Sebaldsbrück

Jörn Hermening fasst die Antwort wie folgt zusammen (gesamte Antwort Anlage 1):

- Wegen des allgemeinen Mangels an Investitionen in Sportanlagen in Deutschland und Bremen können derzeit keine neuen großen Sportflächen gebaut werden.
- Das vorhandene Geld wird für die Reparatur und Erneuerung bestehender Anlagen verwendet, da Förderprogramme und Mittel vor allem für Sanierungen gedacht sind.
- Es gibt kein Interesse von Investoren oder Vereinen, die Sportfläche an der Parsevalstraße zu kaufen oder umzuziehen.
- Der dort ansässige Verein hat kürzlich den Kunstrasen erneuern lassen und investiert weiter in die Anlage, während der Umweltbetrieb keinen Umzugswunsch geäußert hat

Antwort auf Anfrage des Ortsamtes zum Beschluss Frischeküchen in Kitas

<u>Kita</u>	<u>Frischeküche</u>	<u>Catering/Aufwärmküche</u>	<u>Bemerkungen</u>
Schlenkstraße	X		
KUFZ Saarburger	X		
DRK Kinderhaus Freunde		X	
DRK Kleine Marsch		X	
KUFZ Zeppelinstraße	X		
KUFZ Sattelhof	(X)	X	noch Caterer, im Neubau dann Frischeküche

Ev. Kita Hemelingen	X	(X)	noch Frischeküche, wird auf Caterer umgestellt
Kita St. Johannis		X	
Kita Butterblume	X		
SOS KUFZ		X	Frishkeküche wäre möglich, da Ausstattung vorhanden
KUFZ Osterhop	X		

Aktueller Sachstand Kita-Anmeldezahlen

Der SKB wurde angefragt zu folgenden Fragestellungen eine Stellungnahme abzugeben:

- Aktueller Sachstand Anmeldezahlen / Anzahl Kita und Krippenplätze / Unversorgte und Anzahl von Kindern, deren Eltern sich nicht zurückgemeldet und angemeldet haben? Bitte nach Ortsteilen aufschlüsseln
- Aktueller Sachstand Umbau/Sanierung von Kitas – u.A. KUFZ Zeppelinstraße und Kinderhaus Kleine Marsch
- Aktueller Sachstand Neubau von Kitas
- Zeitplan für den Ersatz und Laufzeit der in Containern untergebrachten Kitas im Stadtteil Hemelingen
- Erfahrungen mit der Nutzer:innenfreundlichkeit und Veränderungen des KITA-Portals (bei der letzten Befassung vor ca. zwei Jahren wurden Anpassungen angekündigt)

Antwort SKB vom 19.02.:

Die Fragen zum aktuellen Sachstand der Anmeldesituation in den Kitas beantworten wir gerne zu einem späteren Zeitpunkt, wenn die Anmeldephase abgeschlossen, die Daten ermittelt und plausibilisiert sind.

Das wird am 5. März leider noch nicht gegeben sein.

Zu den aktuellen Sachständen zur Kitaausbauplanung können wir am 5. März leider aufgrund einer dringenden Verhinderung des zuständigen Referenten nicht teilnehmen. Sie erhalten in der Anlage den Quartalsbericht Kitausbau für das erste Quartal.

Kitausbau für das erste Quartal:

Mobilbau KuFZ Zeppelinstraße:

- *Abbau mit Ablauf der Standzeitgenehmigung. Eine Verstetigung der Plätze hat durch unterschiedliche Baumaßnahmen bereits stattgefunden.*

KuFZ Beim Sattelhof:

- *Fertigstellung im 2. Quartal 2027*

KuFZ Hohwisch:

- *Innenraum fertiggestellt (kleine Restarbeiten ausstehend). Außenraum in Umsetzung (Witterungsbedingte Herausforderungen). Umwandlung Ü3 in AE. Geplanter Betriebsbeginn, KGJ 2026/27*

Mobilbau KuFZ Osterhop:

- *Abbau mit Ablauf der Standzeitgenehmigung. Eine Verstetigung der Plätze hat durch unterschiedliche Baumaßnahmen bereits stattgefunden.*

Hem. Bahnhofsstraße:

- Bau befindet sich in Umsetzung. Geplanter Betriebsbeginn, KGJ 2028/29

Mobilbau KuFZ Arbergen:

- Abbau des Mobilbaus nach Auszug der Einrichtung. Kein Bedarf vom Schulbereich.

Mahndorfer Heerstraße 63:

- Abbruch arbeiten haben am 01.01.2026 begonnen.

Zum Kitaportal kann ich Ihnen folgende gute Nachricht in Form einer Stellungnahme senden:

Weiterentwicklung und Optimierung des Kita-Portals Bremen

Das Kita-Portal wird kontinuierlich weiterentwickelt; auch in den vergangenen Monaten wurden mehrere Verbesserungen umgesetzt, die die Benutzerfreundlichkeit, Verständlichkeit und Barrierefreiheit spürbar verbessert haben. Die wichtigsten Weiterentwicklungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Einführung einer Upload-Funktion

Eltern können bei der Anmeldung ihres Kindes auf einen Kita-Platz mittlerweile relevante Dokumente direkt im Portal hochladen. Dies erleichtert das Verfahren deutlich und reduziert Rückfragen sowie Medienbrüche.

- Sprachliche Überarbeitung in Richtung „leichte Sprache“

Zahlreiche Texte, Bezeichnungen und Eingabefelder wurden überarbeitet, um Missverständnisse zu vermeiden und die Verständlichkeit zu erhöhen.

Ein Beispiel hierfür ist die Umbenennung des früheren Eingabefeldes „Kinder-ID eingeben“ in „Kinder-ID zur Freischaltung weiterer Kinder eingeben“.

Dadurch wird klar kommuniziert, dass eine bereits vorhandene Kinder-ID genutzt wird und ein Kind nicht erneut angelegt werden muss.

Ebenso wurde der Begriff „Art der Berufstätigkeit“ durch „geplante Beschäftigung“ ersetzt, um die Eingabe intuitiver und lebensnaher zu gestalten.

- Strukturelle und funktionale Verbesserungen der Bedienbarkeit

Mehrere Menüpunkte und Eingabefelder wurden neu angeordnet, um Abläufe logischer und nutzerfreundlicher zu gestalten. Dazu zählen unter anderem:

- die Verlagerung der Funktion „Weiterbetreuung“ in den Menüpunkt „Verträge“,
- der Tausch von Eingabefeldern im Bereich der Kinderverwaltung,
- eine insgesamt angepasste und klarere Menüreihenfolge.

- Technische Optimierungen

Die Login-Zeit wurde auf 90 Minuten verlängert, um Unterbrechungen während der Eingabe zu vermeiden.

Zudem wurden fehlerhafte Einstellungen korrigiert und die Barrierefreiheit des Portals weiter verbessert.

- Erweiterung der Einrichtungssuche

Zur besseren Orientierung wurde eine Kartenansicht ergänzt, die Eltern eine visuelle und übersichtliche Suche nach Einrichtungen ermöglicht.

- Unterstützende Erklärangebote für Eltern

Für Nutzerinnen und Nutzer mit weitergehendem Unterstützungsbedarf wurden Erklärvideos in verschiedenen thematischen Segmenten eingeführt.

Diese sind auf der Homepage des Senators für Kinder und Bildung abrufbar und ergänzen die schriftlichen Hinweise im Portal sinnvoll.

- Rückgang der Papieranmeldungen als messbares Qualitätsindikator

Ein deutliches Indiz für die gestiegene Benutzerfreundlichkeit und Akzeptanz des Portals ist der kontinuierliche Rückgang der Papieranmeldungen:

- 2024: 14,3 %
- 2025: 10,2 %
- 2026: 6,8 %

Dieser Trend wird klar als Erfolg der fortlaufenden Optimierung des Kita-Portals sowie der begleitenden Beratung gewertet.

- *Begleitende persönliche Beratung*

Die Weiterentwicklungen werden durch die intensive Unterstützung der Hotline im Elternsprechservice der Fachliche Leitstelle flankiert. Digitale Angebote und persönliche Beratung greifen dabei wirksam ineinander.

- *Überarbeitung der Papieranmeldung*

Auch das verbleibende Papieranmeldeverfahren wurde selbst grundlegend überarbeitet und steht inzwischen ebenfalls in einfacher Sprache zur Verfügung. Vor dem Hintergrund der weiter sinkenden Nutzungszahlen bestätigt dies zusätzlich die hohe Praxistauglichkeit des digitalen Anmeldeverfahrens.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die kontinuierlichen technischen, strukturellen und sprachlichen Verbesserungen zu einer deutlich höheren Akzeptanz des Kita-Portals geführt haben. Der spürbare Rückgang der Papieranmeldungen ist ein belastbarer Hinweis darauf, dass das Portal von Eltern zunehmend als verständlich, zugänglich und verlässlich wahrgenommen wird.

TOP 2: Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten

Es wurden keine Fragen, Wünsche oder Anregungen vorgebracht.

TOP 3: Aktueller Sachstand Programm „Kinder in die Kitas“

Thorsten Kühn von der Senatskanzlei berichtet wie folgt:

- Der Beirat Hemelingen ist in der Thematik seit langem sehr engagiert.
- Die Fragen zur Reichweite der Maßnahme, zur Anzahl der angemeldeten Kinder und zur tatsächlichen Vergabe von Kitaplätzen können derzeit nicht genau beantwortet werden, da die Datenlage ungenau ist und das digitale Anmeldesystem keine aktuellen, verlässlichen Auswertungen liefert.
- Die Zahlen werden umso ungenauer, je detaillierter man die einzelnen Stadtteile betrachtet. Verlässliche Informationen erhält man oft nur im direkten Kontakt mit den Kitas.
- Das zuständige Fachressort arbeitet an einer Verbesserung des Kita-Portals, doch Eltern und Einrichtungen berichten weiterhin von Schwierigkeiten bei der Nutzung.
- Seit dem letzten Bericht wurden verschiedene Maßnahmen umgesetzt, darunter Informationsveranstaltungen mit Fachkräften, Beratungsstellen und Vertretern der Senatorin für Kinder und Bildung, um das Kita-Portal vorzustellen und Fragen zu klären. Dieser Austausch wurde als hilfreich empfunden.
- Der Unterstützungsbedarf bleibt hoch, weshalb eine stadtweite Online-Informationsveranstaltung geplant ist, die zentrale Fragen von Eltern zu Anmeldefristen, Umzügen und dem Ablauf der Anmeldung beantworten soll.
- Die Kommunikation zwischen dem Ortsamt und dem Senator für Kinder und Bildung war in letzter Zeit verbesserungsbedürftig, doch es besteht nun Einvernehmen, dass Anfragen aus dem Stadtteil beantwortet werden. Der Senator selbst kann nicht an einem Arbeitskreis teilnehmen, aber die Staatsrätin Jennifer Müller-Wilckens hat ein Gespräch nach Ostern zugesagt, um den Sachstand, Probleme und mögliche Lösungen offen zu besprechen.
- Dieses Gespräch soll genutzt werden, um die Perspektiven aus dem Stadtteil deutlich zu machen, da Planungsinstrumente wie Bevölkerungsprognosen und Baukapazitäten oft nicht die Realität vor Ort abbilden. Das Fachressort ist bereit, anhand konkreter Beispiele aus den Stadtteilen die praktischen Auswirkungen zu erläutern.
- Ein neuer Ansatz in Zusammenarbeit mit Kinderärzten wurde gestartet: Eltern sollen spätestens bei der U7-Untersuchung frühzeitig über den Kitabesuch informiert werden. Dafür wird ein datenschutzkonformes Verfahren mit einem QR-Code entwickelt, über den Eltern Unterstützung anfordern können und anschließend beraten werden.

- Dieses Verfahren wurde mit den Ärzten abgestimmt und soll bald eingeführt werden. Eine Möglichkeit der Begleitung der Eltern ist ein Kita-Anmeldekiosk, der derzeit erprobt wird und ggf. als zentrale Anlaufstelle stadtweit genutzt werden soll, um Erfahrungen zu sammeln und Bedarfe besser einzuschätzen.
- In Hemelingen gibt es mit dem AK Kinder ein funktionierendes Netzwerk, das eine schnelle Koordination ermöglicht. In anderen Stadtteilen ist noch mehr Netzwerkarbeit nötig.
- Trotz Fortschritten bei der Digitalisierung haben weiterhin viele Kinder keinen Kitaplatz. Die steigenden Online-Anmeldezahlen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass in mehreren Stadtteilen große Versorgungsdefizite bestehen.
- Zusammenfassend sind wichtige Schritte gemacht: die Zusammenarbeit mit Kinderärzten läuft, der Termin mit der Staatsrätin ist vereinbart, und der Kita-Anmeldekiosk wird erprobt. Die Wirksamkeit dieser Maßnahmen muss sich nun in der Praxis zeigen.

Diskussion:

Dr. Christian Kornek weist darauf hin, dass das derzeitige Anmeldesystem für Kitaplätze von vielen Eltern als komplex und schwer nachvollziehbar wahrgenommen wird. Insbesondere der Zugang zu persönlicher Beratung sei häufig eingeschränkt, sodass sich zahlreiche Familien mit dem Verfahren überfordert fühlten. Er erkundigt sich daher, wie künftig sichergestellt werden soll, dass Eltern stärker individuell beraten und bei der Anmeldung unterstützt werden. Zudem fragt er, ob zusätzliche Beratungsangebote oder gezielt niedrigschwellige Unterstützungsstrukturen geplant sind.

Reinhard Zwilling erkundigt sich nach der aktuellen Situation der freien Kitaplätze im Stadtteil Hemelingen. Er fragt, ob ein Überblick darüber besteht, in welchen Einrichtungen noch Kapazitäten vorhanden sind und wie viele freie Plätze insgesamt zur Verfügung stehen. Zudem interessiert ihn, wie Eltern erfahren können, wo aktuell freie Plätze vorhanden sind und an welche Stellen sie sich für eine Anmeldung wenden müssen.

Ralf Bohr führt aus, dass der Beirat das Ziel verfolgt, insbesondere Familien zu erreichen, deren Kinder bislang keinen Zugang zu einem Kitaplatz gefunden haben. Vor diesem Hintergrund stellt sich für ihn die zentrale Frage, wie diese Familien tatsächlich erreicht werden können. Den vorgeschlagenen Ansatz über QR-Codes bewertet er kritisch, da dieser bereits eine vergleichsweise hohe Zugangsschwelle darstellen könnte.

Er verweist darauf, dass in den WIN-Gebieten bereits niedrigschwellige Angebote wie Spielkreise – beispielsweise das Angebot „Das Mobile“ – bestehen, die von Familien gut angenommen werden und einen direkten Zugang ermöglichen. Gleichzeitig äußert er die Sorge, dass solche Angebote möglicherweise wegfallen könnten.

Aus Sicht des Beirats wäre es daher sinnvoll, stärker auf bestehende Netzwerke und niedrigschwellige Strukturen zurückzugreifen. Herr Bohr fragt in diesem Zusammenhang, in welchem Umfang die vorhandenen Netzwerke in den WIN-Gebieten bislang in die Strategie einbezogen werden, um Familien gezielt anzusprechen und zu unterstützen.

AW Thorsten Kühn: Zur Frage der Beratung wurde ausgeführt, dass ein zentraler Punkt darin besteht, Eltern überhaupt zu erreichen und sie darüber zu informieren, welche Möglichkeiten der Anmeldung bestehen. Gleichzeitig sei es wichtig, dass Eltern die Erfahrung machen, in den Einrichtungen willkommen zu sein und Unterstützung zu erhalten.

Als ein Instrument zur Unterstützung wurde der sogenannte Kita-Anmeldekiosk genannt. Über dieses Angebot können Eltern individuelle Beratungsgespräche

vereinbaren und bei der Anmeldung begleitet werden. Dabei soll gezielt geschaut werden, welche Akteure bereits im jeweiligen Quartier mit Familien in Kontakt stehen und an welchen Orten eine besonders niedrigrschwellige Ansprache möglich ist. In diesem Zusammenhang wurde auch auf die geplante Zusammenarbeit mit Kinderärztinnen und Kinderärzten verwiesen. Diese sollen jedoch keine Beratung zur Kitaanmeldung übernehmen. Vielmehr ist vorgesehen, dass sie bei Bedarf einen QR-Code weitergeben können, über den Eltern Unterstützung anfordern können. Der QR-Code soll dabei gezielt und situationsbezogen eingesetzt werden.

Grundsätzlich sei das Konzept so angelegt, dass unterschiedliche Zugangswege berücksichtigt werden. Entscheidend werde jedoch sein, ob die Informationen die Eltern tatsächlich erreichen und von ihnen genutzt werden.

Zur Frage nach der Zahl der verfügbaren Kitaplätze wurde mitgeteilt, dass das zuständige Ressort derzeit noch keine belastbaren Angaben machen kann. Dies sei auch aus Sicht der Steuerungsgruppe unbefriedigend und werfe die grundsätzliche Frage auf, wie es sein kann, dass entsprechende Daten aktuell nicht in ausreichender Form vorliegen.

Ingo Tebbe erkundigt sich danach, wer konkret die individuelle Beratung für Eltern übernimmt und welche Stellen dafür zuständig sind. Darüber hinaus fragt er, welche weiteren sozialen Anlaufstellen im Stadtteil in die Beratung einbezogen werden können.

Die Aussage, dass derzeit keine verlässlichen Angaben zu freien Kitaplätzen gemacht werden können, bewertet er als unbefriedigend. Aus seiner Sicht müsste es grundsätzlich möglich sein, über das digitale System in Echtzeit zu erkennen, wie viele Eltern ihre Kinder angemeldet haben. Er fragt daher, wo genau die Problemlage im System liegt und weshalb entsprechende Daten nicht abrufbar sind. Zudem interessiert ihn, ob es Auswertungen zur Rücklaufquote gibt: Wie viele Kinder eines Jahrgangs sind bereits für einen Kitaplatz angemeldet und welcher Anteil bleibt bislang ohne Anmeldung.

Jens Dennhardt greift das zuvor angesprochene Thema der Spielkreise auf. Diese Angebote leisten aus seiner Sicht eine wichtige Vorarbeit, indem sie Familien niedrigrschwellig erreichen und eine Brücke in Richtung Kita bilden. Er fragt, wie die Situation dieser Angebote derzeit eingeschätzt wird und ob deren Fortbestand gesichert ist. Sollte es zu Veränderungen kommen, interessiert ihn, ob bereits eine tragfähige Nachfolgelösung vorgesehen ist.

Kerstin Biegemann schließt sich der Frage von Herrn Dennhardt ausdrücklich an. Sie begrüßt die angekündigte Unterstützung für den Erhalt niedrigrschwelliger Angebote wie der Spielkreise. Gleichzeitig bewertet sie die bisherigen Aussagen zur Datenlage als unbefriedigend. Darüber hinaus fragt sie, in welchem Umfang aktuell tatsächlich Gespräche mit Eltern geführt werden, um Kinder in die Kitas zu vermitteln.

Elisabeth Laß zeigt sich ebenfalls verwundert über die unklare Datenlage. Ihrer Auffassung nach müsste zumindest die Gesamtzahl der Kinder eines Jahrgangs bekannt sein, sodass sich daraus grundsätzlich Bedarfe ableiten lassen sollten. Den Ansatz, Kinderärztinnen und Kinderärzte einzubeziehen, bewertet sie positiv. Gleichzeitig weist sie darauf hin, dass es im Stadtteil Hemelingen lediglich eine Kinderärztin gibt, was die Reichweite dieses Ansatzes begrenzen könnte.

Darüber hinaus stellt sie die Frage, ob bereits abschätzbar ist, wie viele Kitaplätze im kommenden Jahr frei werden und wie viele Plätze voraussichtlich neu besetzt werden müssen.

AW Thorsten Kühn: Zur angesprochenen Datenlage führt Thorsten Kühn aus, dass die derzeitige Situation auch aus seiner Sicht unbefriedigend ist. Hintergrund sei, dass die Nachfrage nach Kitaplätzen aktuell deutlich höher ist als die vorhandenen Kapazitäten. Vor diesem Hintergrund werde weiterhin daran gearbeitet, zusätzliche Plätze zu schaffen. Gleichzeitig zeige sich jedoch, dass im bestehenden System bislang ausreichende Controlling- und Steuerungselemente fehlen, um jederzeit einen klaren Überblick über die tatsächliche Situation zu erhalten. Eine kurzfristige technische Lösung sei allerdings nicht möglich, da entsprechende Anpassungen im System einen längeren Entwicklungsprozess erfordern und nicht einfach kurzfristig umgesetzt werden können.

Zur Frage der Beratung erläutert er, dass entsprechende personelle Ressourcen vorhanden sind. Eine Kollegin ist schwerpunktmäßig für individuelle Beratungen von Eltern zuständig, während eine weitere Kollegin den sogenannten Kita-Anmeldekiosk betreut. Darüber hinaus werden Eltern bereits über bestehende Beratungsstrukturen unterstützt, unter anderem über Einrichtungen der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (LAG), die ein großes Interesse daran habe, Eltern bei der Kitaanmeldung zu begleiten.

Auf die Frage, wie viele Gespräche konkret mit Eltern geführt wurden, weist er darauf hin, dass dies nicht persönlich durch ihn erfolgt, sondern durch die beteiligten Akteurinnen und Akteure z.B. im Rahmen des AK Kinder. Die Steuerungsgruppe stehe hierzu in engem Austausch mit dem Netzwerk. Insgesamt habe sich die Vernetzung zwischen den Kitas im Stadtteil in den vergangenen Jahren deutlich verbessert.

Zum Thema Spielkreise erklärt er, dass deren Bedeutung bekannt sei und die Angebote grundsätzlich als sinnvoll und niedrigschwellig eingeschätzt werden. Aktuell werde geprüft, auf welchem Weg eine nachhaltige Finanzierung dieser oder ähnlicher Angebote sichergestellt werden kann.

Die derzeit zurückhaltende Haltung des Fachressorts begründet er damit, dass die laufenden Haushaltsberatungen noch nicht abgeschlossen sind. Solange keine endgültigen Haushaltsentscheidungen vorliegen, könnten bestimmte Zusagen noch nicht verbindlich getroffen werden. Nach Einschätzung der zuständigen Mitarbeitenden der Senatorin für Kinder und Bildung sei die gegebene Rückmeldung jedoch ernst gemeint und als belastbarer Arbeitsstand zu verstehen.

Uwe Jahn begrüßt, dass Thorsten Kühn heute im Beirat anwesend ist, weist jedoch zugleich darauf hin, dass er nicht unmittelbar für das zuständige Fachressort der Senatorin für Kinder und Bildung spricht. Die vorgetragenen Informationen seien grundsätzlich positiv, dennoch bestünden weiterhin erhebliche Unsicherheiten hinsichtlich der vorliegenden Zahlen und der tatsächlichen Bedarfsplanung. Diese Fragen seien bereits in der Beirätekonferenz thematisiert worden, wo ebenfalls deutliche Vorbehalte gegenüber der Datenlage geäußert wurden. Aus seiner Sicht sollte das Thema daher noch einmal mit dem Senator beziehungsweise den zuständigen Staatsräten erörtert werden.

Dr. Christian Kornek erklärt, dass die heutigen Ausführungen grundsätzlich einen positiven Eindruck hinterlassen hätten. Gleichwohl halte er es für sinnvoll, das Thema nicht lediglich zur Kenntnis zu nehmen, sondern zeitnah weiter zu vertiefen. Er regt an, die Thematik erneut im zuständigen Fachausschuss zu behandeln, um weitere Schritte zu beraten und nicht lediglich abzuwarten.

Ralf Bohr hebt hervor, dass der Kita-Anmeldekiosk, der derzeit im Rahmen eines Pilotprojekts von der AWO umgesetzt wird, aus seiner Sicht ein sinnvoller Ansatz sei. Gleichzeitig stellt sich für ihn die Frage, wie es nach der Pilotphase weitergeht. Gerade im Stadtteil Hemelingen seien die Herausforderungen im Bereich der Kitaversorgung weiterhin deutlich spürbar. Er bittet daher um eine Perspektive hinsichtlich des weiteren Fahrplans: Welche Schritte sind als nächstes vorgesehen, wie soll die Finanzierung langfristig sichergestellt werden und welche Planungen bestehen für die zukünftige Umsetzung?

Elisabeth Laß unterstützt den Vorschlag, das Thema erneut im zuständigen Fachausschuss zu beraten. Sie regt an, dabei auch Rückmeldungen aus angrenzenden Bereichen – etwa von Kinderärztinnen und Kinderärzten sowie Hebammen – einzubeziehen. Zudem stellt sie die Frage, ob die derzeitigen Bedarfsplanungen und Zielzahlen möglicherweise zu niedrig angesetzt sind. Aus ihrer Sicht sollte das Thema in einer der nächsten Sitzungen noch einmal konkretisiert und vertieft behandelt werden.

AW: Thorsten Kühn begrüßt die vorgeschlagenen weiteren Beratungen ausdrücklich und bezeichnet diese als sinnvoll. Er geht davon aus, dass in absehbarer Zeit auch belastbarere Daten zur Verfügung stehen werden, sodass eine fundiertere Diskussion möglich sein dürfte.

Darüber hinaus verweist er auf ein geplantes Treffen nach Ostern zwischen der Staatsrätin und dem AK Kinder. In diesen Austausch soll neben Hemelingen auch Blockdiek einbezogen werden. Ziel des Treffens sei es, den aktuellen Stand zu erörtern und gemeinsam zu klären, welche weiteren Schritte notwendig sind. Zum Thema Kita-Anmeldekiosk führt er aus, dass das Pilotprojekt bislang auf große Aufmerksamkeit und Unterstützung stoße. Das Interesse bei verschiedenen Akteuren sei deutlich spürbar. Die Steuerungsgruppe werde sich im Laufe dieses Jahres intensiv mit der weiteren Entwicklung und möglichen Verstetigung des Projekts befassen. Sollte sich der Ansatz als erfolgreich erweisen, bestehe die Perspektive, das Modell schrittweise auch auf weitere Quartiere zu übertragen. Gleichzeitig wird betont, dass das Ziel einer vollständigen Erreichung aller Familien noch längst nicht erreicht sei und weiterhin erheblicher Handlungsbedarf bestehe.

Er unterstreicht zudem, dass die Thematik nicht erst in einigen Jahren erneut aufgegriffen werden solle. Vielmehr sei geplant, bereits im Laufe dieses Jahres erste konkrete Ergebnisse und Erfahrungen aus der Umsetzung vorlegen zu können.

Abschließend hebt er hervor, dass der Stadtteil Hemelingen in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle einnehmen könne. Wenn die lokalen Akteure das Thema gut vorbereiten und ihre Erfahrungen einbringen, könne Hemelingen als Vorreiter für andere Quartiere dienen. Das zuständige Ressort nehme die Aktivitäten im Stadtteil ernst und beobachte die Entwicklungen aufmerksam. Er selbst werde sich ebenfalls weiterhin an den Gesprächen beteiligen.

Jörn Hermening übt deutliche Kritik an der derzeitigen Situation. Zunächst bedankt er sich bei der Senatskanzlei dafür, dass sie sich des Themas angenommen habe und im Beirat vertreten sei. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass Vertreter:innen des Senators für Kinder und Bildung regelmäßig nicht an den Sitzungen teilnehmen. Dies führe im Beirat zunehmend zu einer negativen Grundstimmung, da wichtige Fragen nicht unmittelbar mit dem zuständigen Ressort besprochen werden könnten.

Mit Blick auf die weiterhin unklare Datenlage äußert er zudem Unverständnis darüber, dass es offenbar nicht möglich sei, eine einfache Übersicht über Anmeldungen und verfügbare

Plätze zu erstellen. Er bietet an eine Excel-Tabelle zur Verfügung stellen, das Ortsamt können die Daten auch selbst zusammenstellen, das wäre ein Arbeitsaufwand von vielleicht zwei Stunden. Das müsste eine Fachbehörde auch hinbekommen. Insgesamt bewertet er die aktuelle Situation als äußerst unbefriedigend.

AW: Thorsten Kühn entgegnet darauf, dass sich die Kolleg:innen über ein solches Angebot zwar sicherlich freuen würden, weist jedoch zugleich darauf hin, dass die Behörde selbst bereits entsprechende Überlegungen angestellt habe und sich der Problematik bewusst sei.

TOP 4: Gewerbegebiet Bremer Kreuz und aktueller Sachstand zum Gewerbegebiet Achim West

Zu diesem Thema sind Claudius Kahra von der Wirtschaftsförderung Bremen (WFB), Dr. Dirk Kühling von der Senatorin für Wirtschaft und Häfen und Rainer Ditzfeld, Bürgermeister der Stadt Achim, anwesend.

Anhand einer Präsentation (Anlage 2) berichtet Claudius Kahra wie folgt:

- Claudius Kahra arbeitet bei der Wirtschaftsförderung Bremen als Gewerbegebietsmanager und betreut unter anderem das Gewerbe- und Industriegebiet Bremer Kreuz.
- Das Gewerbegebiet Bremer Kreuz liegt zwischen der Autobahn A27 und dem Panrepelgraben, der die Grenze zwischen Bremen und Achim bildet. In der Nähe befindet sich der Weserpark.
- Das Gewerbegebiet umfasst etwa 120 Hektar auf Bremer Seite, inklusive Verkehrsflächen, und beherbergt rund 200 Unternehmen mit etwa 5.600 Beschäftigten. Die Entwicklung begann in den 1960er- und 1970er-Jahren.
- Die Fläche ist überwiegend als Industriegebiet ausgewiesen, mit einem kleineren Bereich als Gewerbegebiet. Die Unternehmen stammen aus verschiedenen Branchen, darunter Logistik, Handwerk, Dienstleistung und produzierendes Gewerbe.
- Die verkehrliche Anbindung ist durch die Autobahnen A1 und A27 sehr gut. Seit 2020 wird das Gebiet im Rahmen eines Pilotprojekts zum Gewerbegebietsmanagement betreut, das darauf abzielt, bestehende Standorte zu stärken, besonders dort, wo keine städtischen Flächenreserven mehr vorhanden sind.
- Ein wichtiger Teil der Arbeit ist die aktive Ansprache der Unternehmen, um deren Bedürfnisse zu erkennen und Unterstützung anzubieten.
- Im Gewerbegebiet Bremer Kreuz sind bekannte Unternehmen, darunter traditionsreiche Logistikfirmen, spezialisierte Industriebetriebe, Handwerksbetriebe und sogenannte „Hidden Champions“ (international führende Unternehmen in speziellen Nischen) ansässig.
- Ein häufig genanntes Thema in Gesprächen mit Unternehmen ist die geringe Aufenthaltsqualität im Industriegebiet. Obwohl Industriegebiete nicht primär für Aufenthaltsqualität ausgelegt sind, besteht der Wunsch nach Verbesserungen.
- Gemeinsam mit dem Gewerbeverein „Netzwerk Bremer Kreuz e. V.“, einer Initiative aus Bremen und Achim, wurden Maßnahmen zur Aufwertung des Standorts angestoßen, wie das Aufstellen zusätzlicher Sitzbänke und Abfallbehälter, die noch im laufenden Jahr umgesetzt werden.
- Ein weiteres zentrales Thema ist die Vernetzung der Unternehmen. Trotz räumlicher Nähe bestehen oft nur wenige Kontakte. Der Gewerbegebietsmanager unterstützt durch Zusammenführung von Unternehmen, Begleitung von Informationsveranstaltungen und Hinweise auf Austauschformate wie Unternehmensfrühstücke.
- Der Fachkräftemangel ist ein besonders wichtiges Thema. Viele Betriebe haben Schwierigkeiten, Ausbildungsplätze zu besetzen. Deshalb wurde ein Pilotprojekt mit

Bildungsträgern gestartet, das Jugendlichen Einblicke in Betriebe und Ausbildungsberufe ermöglicht.

- Im Rahmen von Betriebsbesichtigungen lernen junge Menschen Unternehmen praktisch kennen, erhalten Informationen zu Ausbildungsberufen und können praktische Übungen machen, um konkrete Einblicke in berufliche Möglichkeiten zu bekommen.
- Im Bereich Klimaschutz und Energieeffizienz unterstützt die Wirtschaftsförderung Bremen die Unternehmen mit Beratungen, zum Beispiel bei der Planung und Umsetzung von Photovoltaikanlagen auf Gewerbeflächen, einschließlich Wirtschaftlichkeitsprüfungen und Antragstellungen.
- Beim öffentlichen Nahverkehr ist die Anbindung an den Weserpark gut, aber innerhalb des Gewerbegebiets gibt es Herausforderungen bei der sogenannten „letzten Meile“, besonders für Schichtarbeiter wegen Taktzeiten und Wartezeiten.
- In Zusammenarbeit mit den Verkehrsbetrieben werden Haltestellen im Gewerbegebiet mit zusätzlichen Sitzmöglichkeiten ausgestattet; diese Maßnahmen sind bereits beauftragt.
- Regelmäßig auftretende Themen sind auch Flächenerweiterungen für Unternehmen. Wegen fehlender städtischer Grundstücke sind Erweiterungen nur begrenzt möglich, was eine Herausforderung darstellt.
- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewinnt an Bedeutung. Unternehmen wünschen sich Betreuungsangebote in der Nähe des Gewerbegebiets, um attraktiver für Beschäftigte zu sein.
- Baustellen und verkehrliche Engpässe, insbesondere durch die Sanierung der Weserbrücke an der A1, beeinträchtigen die Erreichbarkeit des Standorts.
- Insgesamt trägt das Gewerbegebietsmanagement wesentlich zur Stabilisierung und Weiterentwicklung des Gewerbegebietes Bremer Kreuz bei. Durch enge Zusammenarbeit mit Unternehmen, Netzwerken und öffentlichen Stellen können konkrete Verbesserungen umgesetzt und strukturelle Herausforderungen gezielt angegangen werden.

Diskussion:

Reinhard Zwilling spricht das Thema Aufenthaltsqualität für LKW-Fahrer:innen an. Insbesondere fehle es an sanitären Einrichtungen wie Toiletten und Duschen. Aus seiner Sicht sollten Unternehmen stärker dafür sensibilisiert werden, ihre vorhandenen Einrichtungen zu öffnen. Zudem regt er an, dass auch betriebsnahe Kinderbetreuungsangebote, etwa in Form firmeninterner Kitas, geprüft werden sollten.

Ingo Tebje thematisiert die Möglichkeit der Nachverdichtung im Gewerbegebiet. Er fragt, ob bestehende Flächen durch Aufstockungen effizienter genutzt werden könnten. Darüber hinaus spricht er den Ausbau von Photovoltaikanlagen sowie Maßnahmen zur Dekarbonisierung im Wärmebereich an und erkundigt sich, ob entsprechende Ansätze, beispielsweise in Form von Wärmenetzen, verfolgt werden.

Ralf Bohr greift das Thema Photovoltaik auf und verweist auf die vorhandenen Solarexperten. Er fragt, ob Unternehmen aktiv angesprochen werden und wie konkret die Unterstützung bei der Umsetzung erfolgt, da aus seiner Sicht ein erhebliches Potenzial vorhanden ist.

AW: Claudius Kahra erläutert, dass Unternehmen aktiv angesprochen werden, insbesondere solche, bei denen Veränderungen realistisch erscheinen. Grundlage bilde unter anderem das Solardachkataster. In Gesprächen würden gezielt Leitfragen gestellt, um Potenziale zu identifizieren. Anschließend erfolge entweder eine direkte Vermittlung an die Solarexperten der Wirtschaftsförderung oder an die Klimaschutzagentur energiekonsens. Im Rahmen sogenannter „Solarvisiten“ werde geprüft, ob die Dächer geeignet sind. Nach einer statischen Prüfung werde bei positiver Bewertung ein Grobkonzept entwickelt.

Zum Thema Nachverdichtung weist er darauf hin, dass sich die Flächen überwiegend im Eigentum der Unternehmen befinden und nicht der Wirtschaftsförderung. Gleichwohl werde regelmäßig geprüft, ob auf bestehenden Grundstücken Erweiterungsmöglichkeiten bestehen.

Bezüglich der sanitären Infrastruktur erklärt er, dass Unternehmen grundsätzlich für das Thema sensibilisiert werden. In Einzelfällen würden bereits Standzeiten auf Betriebsgeländen ermöglicht und die Nutzung von Toiletten zugelassen.

Dr. Dirk Kühling ergänzt, dass ein entsprechendes Pilotprojekt zu Lkw-Toiletten im Güterverkehrszentrum (GVZ) nach einem Jahr eingestellt werden musste. Gründe seien unter anderem hohe Reinigungsaufwände sowie Vandalismus gewesen. Insgesamt sei das Thema schwer dauerhaft zu lösen.

Zur Nachverdichtung führt er aus, dass diese derzeit nur in wenigen Gebieten – etwa in der Airport-Stadt West und im Technologiepark – in größerem Umfang umgesetzt werde. Angesichts begrenzter Flächen gewinne das Thema Flächenmanagement jedoch zunehmend an Bedeutung und stelle eine zentrale Zukunftsaufgabe dar.

Beim Thema Photovoltaik stellt er fest, dass das Interesse der Unternehmen grundsätzlich hoch sei, wobei wirtschaftliche Aspekte eine entscheidende Rolle spielten.

Zum Thema Dekarbonisierung im Wärmebereich kündigt Herr Kahra an, entsprechende Informationen nachzureichen, sobald belastbare Erkenntnisse vorliegen.

Berfin Atac erkundigt sich im Zusammenhang mit Ausbildungsplätzen, aus welchen Stadtteilen die teilnehmenden Jugendlichen kommen. Sie regt an, auch Schulen aus Hemelingen – etwa die Wilhelm-Olbers-Schule – stärker einzubinden.

Jens Dennhardt betont die Bedeutung eines strategischen Flächenmanagements. Aus seiner Sicht stehe weniger die Perspektive der Unternehmen als vielmehr die Situation der Beschäftigten im Fokus der politischen Begleitung. In diesem Zusammenhang fragt er, ob Betriebsräte in die Prozesse eingebunden werden.

Reinhard Zwilling spricht sich erneut für eine stärkere Nutzung bestehender Flächen aus. Es sei nicht sinnvoll, Reserveflächen ungenutzt vorzuhalten. Stattdessen sollten Unternehmen gezielt auf Möglichkeiten zur Aufstockung und vertikalen Erweiterung angesprochen werden.

AW Kahra: Zu den Ausbildungsprojekten erläutert Herr Kahra, dass diese derzeit insbesondere in den Stadtteilen Hemelingen und Osterholz sowie in Zusammenarbeit mit entsprechenden Bildungsträgern durchgeführt werden. Die Beteiligung von Schulen sei bislang begrenzt und konzentriere sich vor allem auf Oberschulen, etwa in der Julius-Brecht-Allee und an der Koblenzer Straße.

Zum Thema Betriebsräte erklärt er, dass ihm hierzu keine konkreten Erkenntnisse vorliegen und derzeit kein direkter Austausch besteht.

Dr. Dirk Kühling ergänzt zum Thema Nutzung bestehende Flächen, dass sogenannte Vorratsflächen in der heutigen Planungspraxis kaum noch vorgesehen seien. Die bestehenden Bebauungspläne ließen entsprechende Entwicklungen häufig nicht zu. Anpassungen seien nur im Rahmen umfassender Planänderungen möglich, die wiederum neue Nutzungskonflikte – etwa im Hinblick auf Immissionsschutz oder Arbeitszeiten – nach sich ziehen könnten. Insgesamt sei die Situation komplex und mit erheblichen Abwägungsprozessen verbunden.

Zum Gewerbegebiet Achim-West berichtet der Bürgermeister von Achim Rainer Ditzfeld wie folgt:

- Die Stadt Achim und Bremen planen gemeinsam den Bau eines neuen Gewerbegebiets namens Achim-West auf niedersächsischem Gebiet, nahe der Autobahn A1.
- Rainer Ditzfeld ist zuversichtlich, dass der Achimer Rat bald mehrheitlich den Planaufstellungsbeschluss für das Projekt unterstützen wird, nachdem die Achimer CDU ihre bisher ablehnende Haltung überdenkt.
- Das Gewerbegebiet wird seit über zehn Jahren geplant, aber Verzögerungen entstanden, weil einige Gutachten veraltet sind. Aktuell wird ein neues Gutachten zu Pflanzen und Tieren (Flora und Fauna) erstellt, das für die weitere Genehmigung durch den Landkreis Verden wichtig ist.
- Rainer Ditzfeld erwartet, dass der Planaufstellungsbeschluss im kommenden Jahr gefasst wird. Er betont, dass die Lage am Autobahnkreuz ideal ist, da Gewerbegebiete heute nur mit guter Verkehrsinfrastruktur realisierbar sind.
- Für die Region Bremer Osten und Achim sind neue Verkehrsknotenpunkte geplant, darunter eine neue Autobahnabfahrt zwischen Bremer Kreuz und Achim-Nord.
- Das Gewerbegebiet soll über die Autobahn A1 an die Theodor-Barth-Straße und das bestehende Gewerbegebiet Bremer Kreuz angebunden werden.
- Zudem plant Achim, sich für einen neuen Eisenbahnhaltepunkt in Uphusen einzusetzen, der nach dem Ausbau eines dritten Gleises an der Strecke möglich wird.

Diskussion:

Reinhard Zwilling begrüßt, dass Bremen und Achim bei dem Vorhaben zusammengefunden haben. Aus seiner Sicht ist es positiv, wenn durch das geplante Gewerbegebiet neue Arbeitsplätze entstehen.

Hans-Peter Hölscher zeigt sich erfreut über die vorgestellten Planungen. Die Ausführungen hätten ihm Mut gemacht, und er bedankt sich für die Darstellung. Er äußert die Hoffnung, dass das Projekt tatsächlich umgesetzt werden kann.

Uwe Jahn weist darauf hin, dass bei den weiteren Planungen unbedingt auch die verkehrliche Anbindung berücksichtigt werden müsse. Viele Beschäftigte würden auch aus Bremen kommen. Daher müsse insbesondere der öffentliche Personennahverkehr von Beginn an mitgedacht werden. Positiv hebt er die geplante Fahrradrouten hervor. Wenn zudem eine gute Anbindung an die A1, die A27 sowie an die Theodor-Barth-Straße gewährleistet werde, könne das Projekt aus seiner Sicht zu einem Erfolgsmodell werden.

Tom Hundak betont, dass die Verkehrsanbindung eine zentrale Rolle spiele. Dabei müsse besonders auf den öffentlichen Nahverkehr geachtet werden, beispielsweise auf die Buslinie 39. Ziel müsse sein, dass das Gebiet möglichst gut auch ohne Auto erreichbar ist. Darüber hinaus verweist er auf die Bedeutung eines dritten Gleises im Bahnverkehr.

Ein Bürger weist darauf hin, dass auch größere Infrastrukturprojekte, wie die geplante A20 sowie Ansiedlungen, wie beispielsweise das Amazon-Projekt, in Verden in die Betrachtung einbezogen werden sollten. Aus seiner Sicht sei es sinnvoll, die verschiedenen Entwicklungen in der Region stärker miteinander zu verknüpfen.

Dr. Christian Kornek erklärt, dass man sich freue, wenn die Planungen weiter vorangebracht werden.

Ralf Bohr erinnert daran, dass es in der Vergangenheit auch gewichtige Gründe für Kritik an dem Vorhaben gegeben habe, insbesondere im Hinblick auf Klimaschutz, Klimawandel und Flächenversiegelung. In diesem Zusammenhang bittet er darum, noch einmal die Kosten des Projekts darzustellen. Zudem weist er darauf hin, dass bei einer vorgesehenen Grundflächenzahl (GRZ) von 0,8 nur noch wenig Fläche für Grünstrukturen verbleibe.

AW: Dr. Dirk Kühling betont, dass das Projekt auch als Chance gesehen werde, positive Ansätze beider Kommunen miteinander zu verbinden und gemeinsam weiterzuentwickeln. Mit diesen Aspekten solle in den weiteren Planungen gearbeitet werden.

Kerstin Biegemann weist darauf hin, dass durch das Projekt landwirtschaftliche Flächen verloren gingen. Sie fragt, wo entsprechende Ersatzflächen vorgesehen seien. Darüber hinaus interessiert sie, welche Art von Unternehmen und Arbeitsplätzen konkret angesiedelt werden sollen. Zudem stellt sie Fragen zur möglichen Entschädigung betroffener Anwohner:innen sowie zum erwarteten zusätzlichen Verkehrsaufkommen. Insgesamt bewertet sie das Vorhaben als komplex und schwierig und fragt, ob sich die Entwicklung eines Gewerbegebiets unter diesen Umständen tatsächlich lohnt.

AW: Bürgermeister Rainer Ditzfeld erklärt, dass entlang des Moordamms Lärmschutzmaßnahmen vorgesehen seien. Ziel sei es, die Situation für die Anwohnerinnen und Anwohner künftig sogar zu verbessern, sodass die Lärmbelastung geringer ausfallen könnte als derzeit. Hinsichtlich der Arbeitsplatzentwicklung sei vorgesehen, dass sich nur Unternehmen ansiedeln sollen, die mindestens etwa 30 Arbeitsplätze pro Hektar schaffen. Angestrebt werde insbesondere die Ansiedlung qualifizierter und hochwertiger Arbeitsplätze.

Dr. Dirk Kühling ergänzt, dass bei zukünftigen Ansiedlungen stärker Kriterien wie Nachhaltigkeit und gute Arbeitsbedingungen berücksichtigt werden sollen. Als Beispiel verweist er auf die Entwicklung an der Hansalinie, wo sich unter anderem Zulieferbetriebe für Mercedes angesiedelt haben und hochwertiges Gewerbe entstanden sei.

Ingo Tebje spricht sich grundsätzlich für die Entwicklung des Gewerbegebiets aus. In Bremen gebe es kaum noch verfügbare Gewerbeflächen, weshalb die Region insgesamt Chancen nutzen müsse. Gut bezahlte Arbeitsplätze seien wichtig, zugleich müsse darauf geachtet werden, dass neue Gewerbegebiete nachhaltig entwickelt werden.

Tom Hundak hält eine Zielgröße von 30 Arbeitsplätzen pro Hektar für zu niedrig. Zudem stellt er die Frage, warum kein direkter Gleisanschluss für das geplante Gewerbegebiet vorgesehen sei.

AW: Bürgermeister Rainer Ditzfeld weist darauf hin, dass im Bereich zwischen Bierden und Uphusen bereits mehrere Gleise sowie ein Gleisanschluss vorhanden seien.

Dr. Dirk Kühling erläutert, dass es in den vergangenen rund 25 Jahren nicht gelungen sei, das Gewerbe für ein weiteres Gewerbegebiet mit einem direkten Gleisanschluss zu begeistern. Gleichwohl wolle man weiterhin gemeinsam mit der Deutschen Bahn prüfen, ob hier künftig Lösungen gefunden werden können.

Bürgermeister Rainer Ditzfeld verkündet abschließend, die Entwicklung in den kommenden ein bis zwei Jahren weiter voranzutreiben und anschließend gern erneut über den Stand der Planungen zu berichten.

TOP 5: Antrag der CDU-Fraktion zum Thema Winterdienst

Dr. Christian Kornek stellt den folgenden Antrag vor:

Der Beirat Hemelingen möge beschließen:

Der Beirat Hemelingen fordert den Senat der Freien Hansestadt Bremen sowie die zuständigen Ressorts und nachgeordneten Dienststellen auf, sicherzustellen, dass

vor allen öffentlichen Gebäuden in städtischer Verantwortung im Stadtteil Hemelingen ein ordnungsgemäßer und verlässlicher Winterdienst durchgeführt wird. Insbesondere soll gewährleistet werden, dass Gehwege, Zugänge und öffentliche Flächen vor Gebäuden in städtischer Verantwortung bei Schnee- und Eisglätte unverzüglich und entsprechend der geltenden Vorschriften geräumt werden. Der Senat wird aufgefordert, dem Beirat Hemelingen zeitnah darzulegen,

- 1. welche Zuständigkeiten für den Winterdienst vor öffentlichen Gebäuden bestehen,*
- 2. wie die Einhaltung der Räumpflichten kontrolliert wird, und*
- 3. welche Maßnahmen ergriffen werden, um künftig eine flächendeckende und zuverlässige Umsetzung sicherzustellen.*

Im Ausschuss sollen die konkreten Orte benannt werden (u.a. Hohensteiner Straße, Fahrradhaupttrouten).

Begründung:

In den vergangenen Wochen kam es im Zuge winterlicher Witterung mit Schnee und Eis im Stadtteil Hemelingen zu zahlreichen glatten und nicht geräumten Bereichen vor öffentlichen Gebäuden. Teilweise waren Eingänge und angrenzende Gehwege nur unzureichend oder gar nicht gesichert.

Dies stellt ein erhebliches Sicherheitsrisiko für Bürgerinnen und Bürger dar, insbesondere für ältere Menschen, Kinder sowie mobilitätseingeschränkte Personen. Stürze auf vereisten Flächen können zu schweren Verletzungen führen und sind vermeidbar, wenn der Winterdienst ordnungsgemäß durchgeführt wird.

Gleichzeitig sind private Anlieger in Bremen verpflichtet, die Gehwege vor ihren Grundstücken zu räumen und zu streuen. Es ist nicht vermittelbar, wenn der Staat entsprechende Pflichten von Bürgerinnen und Bürgern verlangt, diesen jedoch vor den eigenen Gebäuden nicht in gleicher Weise nachkommt.

Reinhard Zwilling bittet darum, die Räumung des sog. Mäusetunnels (Hohensteiner Straße) als konkretes Beispiel mit in den Antrag aufzunehmen.

Ralf Bohr ist der Meinung, dass der Antrag ziemlich allgemein gehalten ist. Sinnvoller wäre es aus seiner Sicht, die Missstände konkret aufzuzeigen und Orte, Straßen und Plätze zu benennen. Er schlägt vor, das Thema noch einmal im Fachausschuss Umwelt, Lärm und Gesundheit zu diskutieren.

Ingo Tebje verweist auf das im Großen und Ganzen funktionierende System in Bremen, in dem es natürlich auch Nachbesserungsbedarf gibt, aber das klar geregelt ist.

Dr. Christian Kornek ist damit einverstanden, konkrete Benennungen von Orten, wie auch den Mäusetunnel, mit in den Antrag aufzunehmen.

Hans-Peter Hölscher findet den Antrag in Ordnung und gibt bekannt, dass die SPD-Fraktion den Antrag unterstützen würde.

Uwe Jahn ist der Meinung, dass ein konkretes Beispiel nicht in den Antrag passt. Der Mäusetunnel könne später konkret im Ausschuss benannt werden.

Yunas Kaya kann sich gut vorstellen, die Thematik durch eine konkrete Auflistung betroffener Orte zu ergänzen. Der zuständige Ausschuss soll gezielt Orte benennt, an denen Handlungsbedarf besteht.

Jens Dennhardt hält es für sinnvoll, einen übergreifenden Antrag zu formulieren. Dieses Vorgehen sei aus seiner Sicht berechtigt.

Tom Hundak spricht sich dafür aus, im Rahmen der Betrachtung sämtliche Fahrradrouten einzubeziehen. Diesen Ansatz unterstützt er ausdrücklich.

Kerstin Biegemann äußert keine grundsätzlichen Einwände gegen den Antrag. Sie weist jedoch darauf hin, dass Räumdienste nicht überall gleichzeitig tätig werden können. Die Stadt sei bereits aktiv, das Problem sei erkannt. Gleichwohl müsse berücksichtigt werden, dass personelle Kapazitäten begrenzt sind und die praktische Umsetzbarkeit in die Bewertung einbezogen werden müsse.

Ralf Bohr vertritt die Auffassung, dass ein Antrag auf einer konkreten Grundlage basieren sollte. Eine detaillierte Auflistung betroffener Orte könne hierbei hilfreich sein. Er spricht sich dafür aus, die entsprechenden Punkte im Ausschuss zusammenzuführen und zu konkretisieren.

Dr. Christian Kornek erklärt, dass er den vorgeschlagenen Weg unterstützt.

Jörn Hermening fasst zusammen, dass im zuständigen Fachausschuss konkrete Orte benannt und weitergehend beraten werden sollen. Anschließend lässt er darüber abstimmen, ob der Antrag im Fachausschuss für Umwelt, Lärm und Gesundheit behandelt werden soll.

Abstimmung:

Stellungnahme: Ablehnung (3 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen)

Damit ist der Antrag auf Verschiebung in den Ausschuss Umwelt, Lärm und Gesundheit abgelehnt.

Jörn Hermening lässt über den vorliegenden Antrag abstimmen:

Stellungnahme: Zustimmung (14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltungen)

Damit ist der Antrag angenommen.

TOP 6: Beiratsverschiedenes

Aktualisierte Fassung der Satzung des Jugendbeirats Hemelingen

II. Rechte, 2.

Alt: Im zur Kinder- und Jugendförderung tagenden Hemelinger Controllingausschuss (CA) sollen sie als ständiger Gast mit beratender Stimme teilnehmen können.

Neu: In zur Kinder- und Jugendförderung tagenden Gremien sollen sie als ständiger Gast mit beratender Stimme teilnehmen können.

III. Pflichten, 5.

Alt: Der Jugendbeirat Hemelingen informiert die Jugendlichen im Stadtteil regelmäßig über seine Arbeit. Hierfür kann er u. a. auf seiner Website seine Aufgaben und Kompetenzen, aktuelle Vorhaben sowie den Stand der Entwicklungen und seiner Beschlüsse präsentieren.

Neu: Der Jugendbeirat Hemelingen informiert die Jugendlichen im Stadtteil regelmäßig über seine Arbeit. Hierfür kann er u. a. seine Aufgaben und Kompetenzen, aktuelle Vorhaben sowie den Stand der Entwicklungen und seiner Beschlüsse präsentieren. Die Einladungen und Protokolle der Sitzungen des Jugendbeirates sind öffentlich auf der Seite des Ortsamtes einsehbar.

III. Pflichten, 6.

Alt: Die Pflege dieser Homepage obliegt dem Jugendbeirat Hemelingen, der dafür ein geeignetes Mitglied aus seiner Mitte beruft oder externe Hilfe in Anspruch nehmen kann.

Neu: Das Ortsamt ist für die regelmäßige Veröffentlichung verantwortlich. Der Jugendbeirat pflegt selbstständig und eigenverantwortlich, soweit gewünscht, eigene Social-Media Auftritte.

III. Pflichten, 7.

Neu: Der Jugendbeirat Hemelingen **kann** dem Beirat einmal jährlich einen Tätigkeitsbericht vorlegen und diesen in einer öffentlichen Beiratssitzung präsentieren.

(vorher war der Bericht verpflichtend)

Abstimmung:

Stellungnahme: Zustimmung (15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Nächste Beiratssitzung

Die nächste Beiratssitzung soll am 09.04.2026 um 19:00 Uhr im Bürgerhaus Hemelingen stattfinden.

Geplante Themen:

- Bebauungspläne Rennbahn West und Alte Süßwarenfabrik
- Grundschule Glockenstraße - Planungen zur Sanierung und zum Ganztagsausbau
- Vorstellung Beratungsangebot Anpassung an den Klimawandel

gez. Hermening
Vorsitzender

gez. Jahn
Beiratssprecher

gez. Liedtke
Protokoll